

**Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich <b>Umwelt und Technik</b>	Datum 08.04.2009
	Schriftführung Willi Schmitz
	Telefon-Nr. <b>02202/141382</b>
<b>Niederschrift</b>	
<b>Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr</b>	<b>Sitzung am Mittwoch, 1. April 2009</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:00 Uhr - 19:20 Uhr
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnung</b>	
A <b><u>Öffentlicher Teil</u></b>	
1. <b>Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit</b>	
2. <b>Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 27.01.2009 - öffentlicher Teil -</b>	
3. <b>Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 27.01.2009 - öffentlicher Teil -</b> <i>120/2009</i>	
4. <b>Mitteilungen des Vorsitzenden</b>	
5. <b>Mitteilungen des Bürgermeisters</b>	
6. <b>Mobile Geschwindigkeitsüberwachung - Zwischenbericht</b> <i>121/2009</i>	
7 a. <b>Feststellung des Jahresabschlusses 2007 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach"</b> <i>113/2009</i>	
7 b. <b>Entlastung der Betriebsleitung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen" für das Wirtschaftsjahr 2007</b> <i>114/2009</i>	

8. **Regionale 2010 - Projekt RegioGrün "Entlang der Strunde"**  
*119/2009*
9. **V. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abwägung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach**  
*100/2009*
10. **Antrag der CDU-Fraktion vom 02.02.2009, Eingang 04.02.2009, zur Überprüfung und ggf. Optimierung der Verkehrsführung im Bereich des B-Plans Brandroster**  
*118/2009*
11. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 02.02.2009, Eingang 03.02.2009, zur Wiedereinführung der Baumschutzsatzung**  
*109/2009*
12. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 16.03.2009, der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr möge einen Vertreter des Strundeverbandes zur Sitzung des Ausschusses einladen**  
*133/2009*
13. **Antrag der CDU-Fraktion vom 16.03.2009, Eingang 17.03.2009, den Bürgermeister zu beauftragen**
  - a) die Verkehrssituation in der Straße „Im Bungert“ zu überprüfen
  - b) die Situation zu dokumentieren und falsches Parken durch ordnungsrechtliche Maßnahmen zu ahnden sowie
  - c) dem Ausschuss mögliche Vorschläge aufzuzeigen, die Situation vor Ort zu verbessern.*136/2009*
14. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

---

**B** **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 27.01.2009 - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen "Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach" und "Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach" für die Durchführung der Jahresabschlussprüfungen der Wirtschaftsjahre 2008 und 2009**  
*115/2009*
5. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## **Protokollierung**

### **A Öffentlicher Teil**

#### **1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**

@->Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Peter Mömkes, begrüßt die anwesenden Teilnehmer der 36. Sitzung des Ausschusses in der siebten Wahlperiode und eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist, lediglich Herr Rosen von der KIDinitiative bzw. seine Vertretung ist nicht anwesend. Anstelle von Frau Schu (CDU) ist Herr Maas (CDU) erstmals als sachkundiger Bürger anwesend.

Anschließend wird der sachkundige Bürger Karl-Adolf Maas (CDU) unter Verlesung des Verpflichtungstextes vom Vorsitzenden als Ausschussmitglied eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Darüber hinaus verweist er auf die ergänzenden Unterlagen, die den Mitgliedern des Ausschusses vorgelegt wurden. Hierbei handele es sich um einen farbigen Ausdruck der Tabelle auf Seite 53 zu TOP A 8 der Einladung, eine Synopse der bisherigen und neuen Satzungsfassung zu TOP A 9 sowie einen Antrag der SPD-Fraktion vom heutigen Tage.

Diesbezüglich erklärt Herr Komenda, dass es sich bei diesem Antrag selbstverständlich nur um einen Aprilscherz seiner Fraktion handele.

<-@

#### **2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 27.01.2009 - öffentlicher Teil -**

@->Frau Kreft erklärt, dass ihre Fraktion keine Niederschriften aus der Sitzung am 27.01.2009 erhalten habe.

Herr Dr. Fischer verweist auf die Niederschrift, Seite A 10, dritter Absatz. Dort habe die Verwaltung eine Antwort auf seine Anfrage zugesagt, diese liege bis heute noch nicht vor.

Hierzu erklärt Herr Wagner, dass die Antwort auf die Anfrage noch nicht gegeben werden konnte, da die erforderlichen Messergebnisse noch nicht vorlägen. Er sagt jedoch zu, in der Sache unaufgefordert auf die Anfrage zurück zu kommen und dem Ausschuss die Antwort vorzulegen.

Herr Sprenger verweist auf seine Anfrage aus der letzten Sitzung zur Kanalsanierung Kaule und die dazu erhaltene Antwort der Verwaltung. Da sich die Kanalbaumaßnahme nunmehr verzögere, stelle sich für ihn die Frage, wann mit der Sanierung der Fahrbahndecke zu rechnen sei, da diese nach der Verlegung von Versorgungsleitun-

gen in einem schlechten Zustand sei.

Diesbezüglich erklärt Herr Wagner, dass die Kanalbaumaßnahme aufgrund der nochmaligen Überprüfung der hydraulischen Berechnung vorerst zurück gestellt worden sei.

Zur Frage der fehlenden Niederschrift bittet Herr Schmitz, ihn im Falle fehlender Niederschriften zukünftig früher zu informieren, damit diese den Ausschussmitgliedern rechtzeitig vor der Sitzung vorliegen. Er sagt zu, nach dem Grund für die fehlenden Niederschriften zu forschen und der SPD-Fraktion noch während der Sitzung die entsprechenden Exemplare zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der fehlenden Niederschriften bei der SPD-Fraktion schlägt er vor, die Genehmigung der Niederschrift bis zur kommenden Sitzung des Ausschusses zu vertagen.

Hiermit zeigen sich Frau Kreft und der Vorsitzende einverstanden.

Abschließend verpflichtet der Vorsitzende den sachkundigen Bürger Robert Schallehn der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN als Ausschussmitglied und weist ihn auf die gesetzmäßige und gewissenhafte Wahrnehmung seiner Aufgaben hin.

<-@

### **3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 27.01.2009 - öffentlicher Teil**

@->Der Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 27.01.2009 – öffentlicher Teil – wird zur Kenntnis genommen.

<-@

### **4 Mitteilungen des Vorsitzenden**

@->Es liegen keine Mitteilungen vor.

<-@

### **5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

@->Herr Schmickler teilt mit, dass nach Auskunft der zuständigen Niederlassung des Landesbetriebs Straßen NRW an den Anschlussstellen Moitzfeld und Bensberg in Fahrtrichtung Köln Zuflussregelungsanlagen eingerichtet werden.

Darüber hinaus weist er darauf hin, dass die Stadt zwischenzeitlich die Ausbaupläne für die freie Strecke an der Bensberger Straße vom Landesbetrieb Straßen NRW erhalten habe. Es sei geplant, dort einen beidseitigen Radweg zu errichten, so dass die noch fehlende Lücke im Radwegenetz der Stadt voraussichtlich im Jahr 2010 geschlossen werde. Die hierdurch entstehende Baustelle werde dann zwar zu Verkehrsbehinderungen führen, jedoch sei der Landesbetrieb bestrebt, diese so gering wie möglich zu halten.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Fischer, um welchen Abschnitt der Bensberger Straße es sich hierbei handle, erklärt Herr Schmickler, es betreffe den Bereich zwischen den Straßen Am Milchbornsbach und Am Rubezahlwald.

<-@

## 6 Mobile Geschwindigkeitsüberwachung - Zwischenbericht

@->Herr Höring erklärt, seine Fraktion habe den Bericht zur Kenntnis genommen. Man bitte jedoch die Verwaltung um Mitteilung, wie die Verstoßquote von 5,11 % im Vergleich z.B. mit dem Kreis oder anderen Kommunen zu sehen sei.

Nach Ansicht von Frau Kreft seien die Informationen, die der Vorlage zu entnehmen seien, recht dürftig. So ergäbe sich z.B. ein Personalaufwand von ca. 60 € je Std. zusätzlich zum Aufwand für die Messfirma. Aus diesem Grunde bittet sie darum, den Personalaufwand insgesamt genauer aufzuschlüsseln, zumal ihre Fraktion davon ausgegangen sei, dass das Personal durch die Messfirma gestellt werde.

Zusätzlich zu den vorhandenen Messstellen im Stadtgebiet bittet Herr Dr. Fischer um Prüfung, ob zukünftig auch in der Reginharstraße im Höhe des ZAK Messungen durchgeführt werden können.

Herr Wolf weist darauf hin, dass die absoluten Zahlen im Vergleich mit dem Kreis – bezogen auf das Stadtgebiet – durchaus vergleichbar seien. Jedoch sei die Quote nur sehr schwer vergleichbar, da hierbei vielen Faktoren wie die Anzahl der Fahrzeuge oder die jeweiligen Standorte eine Rolle spielen würden. Vergleiche mit anderen Städten hinsichtlich der Quote lägen der Verwaltung hingegen nicht vor. Eine Verbesserung der Quote sei nur möglich, wenn schwerpunktmäßig Messungen dort erfolgen würden, wo es für die Stadt am meisten zu verdienen gebe, dies sei jedoch nicht in Einklang zu bringen mit den Aufgaben der Geschwindigkeitsüberwachung. Hinzu käme, dass die Messstellen in Zusammenarbeit mit der Polizei festgelegt würden, hierbei würden insbesondere Unfallschwerpunkte sowie Gefahrenpunkte wie Kindergärten, Schulen etc. ins Visier genommen. Er sagt zu, den Wunsch von Herrn Dr. Fischer zu überprüfen und ggf. mit aufzunehmen. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die Messfirma neben der Technik einen Messtechniker stelle. Hierfür würde das in der Vorlage dargestellt Honorar gezahlt. Hinzu käme eine städtische Aufsichtsperson, da die Messungen aus rechtlichen Gründen stets zu zweit durchzuführen seien. Neben dieser ganzen Stelle gebe es im Innendienst eine weitere Sachbearbeiterstelle, hinzu kämen weitere Personalkostenanteile u.a. bei der Stadtkasse. Abschließend weist er noch darauf hin, dass es sich bei den Personalkosten um geschätzte Kosten und nicht um Ist-Zahlen handle, da die endgültige Aufteilung der Personalnebenkosten noch nicht abgeschlossen sei.

Auf Nachfrage von Frau Kreft, welche Qualifikationen die städtischen Mitarbeiter hätten, erklärt Herr Wolf, dass es sich bei der Sachbearbeitertätigkeit um eine Stelle des mittleren Dienstes handle, während es sich bei der Aufsichtsperson um einen Außendienstmitarbeiter handle. Darüber hinaus seien in den Personalkosten der Stadt auch anteilige Personalkosten des Sachgebietsleiters mit enthalten.

Herr Komenda merkt an, dass der Standort an der Reginharstraße nach Auskunft der Verwaltung bereits mit in die Liste der Messstellen mit aufgenommen worden sei. Ferner erinnert nochmals an den Zweck der Geschwindigkeitsüberwachung, diese diene in erster Linie der Erhöhung der Verkehrssicherheit und nicht der Einnahmebeschaffung. Vor diesem Hintergrund hätte er sich gewünscht, dass die Verwaltung in der Vorlage näher auf einzelne Schwerpunkte im Stadtgebiet eingegangen sei.

Der Vorsitzende schlägt hierzu vor, dass seitens der Verwaltung für eine der kommenden Sitzungen ein Erfahrungsbericht erstellt wird, an welchen Stellen im Stadtgebiet regelmäßig gemessen werde und wo die meisten Überschreitungen zu verzeichnen seien.

Nach Ansicht von Herrn Sprenger sei die eingesetzte Technik bereits veraltet, wo hingegen die beim Kreis genutzte Technik wesentlich flexibler sei und darüber hinaus schneller aufgebaut werden könne.

Hierüber zeigt sich Herr Wolf verwundert, da die Stadt bzw. die Messfirma neben der Radartechnik auch die modernste digitale Messtechnik einsetze. Jedoch sei diese Technik nicht an jeder Stelle im Stadtgebiet einsetzbar. Allerdings sei man in der Lage, das Messfahrzeug bis zu 67 Meter von der Messanlage entfernt aufzustellen. Insgesamt arbeite man demnach mit dem besten derzeit zur Verfügung stehenden Material.

Ein wie vom Vorsitzenden vorgeschlagener Erfahrungsbericht macht nach Auffassung von Herrn Höring Sinn, da seiner Ansicht nach insbesondere in Tempo 30-Zonen häufig zu schnell gefahren werde. Die Einrichtung einer zusätzlichen Messstelle an der Reginharstraße befürwortet er ebenfalls, da sich dort ein Kindergarten befinde.

Inwieweit durch die Meldungen von Hörern über Geschwindigkeitsmessungen bei Radio Berg Änderungen am Verkehrsverhalten festzustellen seien, möchte Herr Zifus wissen.

Diesbezüglich weist Herr Wolf darauf hin, dass hierüber keine Erkenntnisse vorliegen würden. Für die Technik sei lediglich eine Lücke von 80 cm zwischen zwei geparkten Fahrzeugen erforderlich. Insgesamt gebe es 118 Standorte im Stadtgebiet, hierunter befänden sich neben ertragreichen Messstellen auch wenig ertragreiche Messstellen, die allesamt bedient werden müssten. Insgesamt habe man in den ersten Monaten versucht, eine ausgewogene Überwachung im gesamten Stadtgebiet durchzuführen. Abschließend sagt er zu, für die Ausschussmitglieder eine Übersicht über die einzelnen Messstellen und den jeweiligen Messstunden erstellen zu lassen.

Auf den Vorschlag des Vorsitzenden, dem Ausschuss nach einem weiteren halben Jahr einen erneuten Erfahrungsbericht vorzulegen, erwidert Herr Wolf, dass dies ohnehin geplant gewesen sei, da der Vertrag mit der Messfirma eine Laufzeit von 18 Monaten habe und die weitere Vorgehensweise nach rund einem Jahr Laufzeit ohnehin im Ausschuss zur Beratung bzw. Beschlussfassung anstehe.

Begeistert über die eingesetzte Messtechnik zeigt sich hingegen Herr Krafft. Er bittet jedoch darum, dass Fahrzeug wie ursprünglich vereinbart in Kürze zu wechseln, da das derzeit eingesetzte Messfahrzeug zwischenzeitlich bekannt sei.

Hierzu erklärt Herr Wolf, dass die ersten zwei Buchstaben des Kennzeichens sich nicht verändern würden, allerdings werde alle 4 – 6 Wochen ein Austausch des Fahrzeugs vorgenommen.

Darüber hinaus nimmt der Ausschuss die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

<-@

7 a **Feststellung des Jahresabschlusses 2007 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach"**

@-> Herr Ziffus erinnert daran, dass dieser Jahresabschluss der Letzte der Einrichtung Verkehrsflächen vor der Reintegration in den städtischen Haushalt sei, dies sei ein durchaus interessanter Punkt. Angesichts der in den Straßenbauprogrammen aufgeführten durchschnittlichen Kosten lägen diese im Regelfall höher als die in der Bilanz aufgeführten Werte je km Straße. Insofern werde seiner Ansicht nach nicht der Wiederbeschaffungszeitwert der Straßen erzielt, was letztendlich zu einem höheren jährlichen Defizit führe. Unberücksichtigt bleibe ferner der Sanierungsstau in den Straßen, was wiederum bei höheren Investitionen in den kommenden Jahren erhöhte Abschreibungen nach sich ziehe. Eine Möglichkeit zur Kostenreduzierung sei die Anlage von naturnahen Gewässern im Zusammenhang mit den Kosten für die Straßenoberflächenentwässerung. Hier habe die Verwaltung in der Vergangenheit bereits erkennen lassen, dass die Kosten je m<sup>2</sup> befestigte Fläche auf über 3 € ansteigen und sich somit verdreifachen werden, was wiederum auch zu einer Verdreifachung der Kosten für die Straßenoberflächenentwässerung führe sowie zu einer Steigerung des jährlichen Verlustes. Grund hierfür sei in erster Linie die seiner Ansicht nach fehlerhafte Siedlungspolitik der letzten Jahre in dieser Stadt. Aus diesem Grunde plädiert er bei zukünftigen Beschlüssen über Straßenbaumaßnahmen für die Anlegung naturnaher Auen zur Kostenreduzierung.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass sich nach seiner Information die Regenwassergebühren lediglich verdoppeln und nicht verdreifachen.

Herr Komenda vermisst in den Risiken, Seite 43 der Einladung, die Erwähnung der Pensionsrückstellungen. Ferner halte er es für sinnvoll, die Einnahmen aus der Konzessionsabgabe sowie aus Parkentgelten ebenfalls im Bereich Verkehrsflächen anzusetzen, auch wenn der Betrieb ab 2008 wieder in den allgemeinen Haushalt zurückgeführt worden sei.

Unter Bezug auf Seite 16 der Einladung möchte Herr Dr. Fischer wissen, warum als Mindestrestnutzungsdauer mindestens 40 Jahre angesetzt würden, obschon nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes (KAG NRW) eine Straße bereits nach 30 Jahren erneuert werden kann. Er schlägt daher vor, den Abschreibungszeitraum an die Vorschrift des KAG NRW anzupassen. Des Weiteren stellt er aufgrund der Angaben auf Seite 21 der Einladung fest, dass die Löhne und Gehälter der Einrichtung um 9 % überproportional gestiegen seien. Hierzu bittet er um eine entsprechende Begründung.

Hierzu erklärt Herr Hardt, dass der angesetzte Abschreibungszeitraum von 40 Jahren für alle Straßentypen ein Durchschnittswert sei. Zwar könne nach den Vorgaben des KAG NRW bereits ab 30 Jahren eine Straße als erneuerungsbedürftig angesehen werden, jedoch gebe es auch Straßen im Stadtgebiet, die bereits mehr als 50 Jahre alt seien. Bezüglich der Kostensteigerung beim Personal sei im Jahr 2007 eine Stelle neu besetzt worden, hinzu kämen die allgemeinen Lohnsteigerungen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Fischer, wofür die zusätzliche Stelle eingerichtet worden sei, erklärt Herr Hardt, es handele sich um die Wiederbesetzung einer lange Zeit

unbesetzten Sachgebietsleiterstelle.

Herr Ziffus erinnert daran, dass es bei Straßenaufbrüchen aufgrund fehlenden Personals Probleme gegeben habe, jeden Straßenaufbruch zu kontrollieren. Aus diesem Grund möchte er wissen, ob zwischenzeitlich genügend personelle Kapazitäten zur Aufbruchkontrolle vorhanden seien.

Diesbezüglich erklärt Herr Hardt, es sei durch personelle Umorganisation sowie durch Zuhilfenahme von EDV eine Verbesserung erzielt worden, jedoch könne auch hierdurch keine vollständige, sondern allenfalls eine stichprobenartige Kontrolle erreicht werden.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 13 Ja-Stimmen (CDU, SPD und FDP) bei 3 Enthaltungen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN und BfBB) den Beschluss:

<-@

**@->Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW**

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2007 in  
Aktiva und Passiva mit 202.977.014,39 €  
  
Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem  
Jahresverlust von -12.060.558,86 €
2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2007 fest.
3. Der Jahresverlust 2007 wird dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke entnommen.

<-@

7 b **Entlastung der Betriebsleitung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen" für das Wirtschaftsjahr 2007**

@->Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst mit 15 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP, BfBB sowie eine Stimme aus den Reihen Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bei einer Enthaltung aus den Reihen Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Beschluss:

<-@

**@->Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr erteilt die Entlastung der Betriebsleitung der Einrichtung „Verkehrsflächen“ für das Wirtschaftsjahr 2007.**

<-@

8 **Regionale 2010 - Projekt RegioGrün "Entlang der Strunde"**

@->Zunächst erläutert Herr Klostermann die einzelnen Maßnahmen des Projekts mittels einer Präsentation, ein Ausdruck der Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Erfreut über den Fortgang der Angelegenheit zeigt sich Herr Dr. Steffen. Auch sei positiv, den Fuß- und Radweg in empfindlichen Bereichen nicht unmittelbar an der

Strunde vorbeizuführen, um so Biotope zu schützen.

Unter Bezugnahme auf Seite 50 der Einladung erklärt Herr Ziffus, dass die aktuellen Planungen im Bereich der Innenstadt eine Öffnung der Strunde in weiteren Teilstrecken, u.a. im Forumpark bzw. auf dem Parkplatz des Stadthauses vorsehen. Diese Vorstellungen seien erst gestern in der Sitzung des Regionale-Beirates diskutiert worden. Des Weiteren habe er festgestellt, dass der Beginn des Geopfades im Bereich des Gasthauses Paas freigelegt worden sei. Im Gespräch mit dem Pächter des Gasthauses habe dieser ihm gegenüber Interesse gezeigt, diesen Startpunkt zukünftig freizuhalten. Ferner schlägt er vor, den vorhandenen Schichteneinfall an der Laurentiusstraße unmittelbar neben dem Eingang zum Parkhaus des Marienkrankenhauses freizulegen und in den Geopfad mit aufzunehmen. Abschließend lobt auch er die beabsichtigten Maßnahmen des Projekts.

Herr Kremer weist darauf hin, dass die Öffnungen der Strunde im Bereich der Innenstadt unter dem Projekt *stadt: gestalten* behandelt werden und nicht im Zusammenhang mit dem Projekt *regioGrün* zu sehen seien. Bezüglich der Aufschlüsse im Bereich Gasthaus Paas erklärt er weiter, dass beabsichtigt sei, im Stadtgebiet eine „Kalkroute“ zu organisieren, auf der Interessierte Wissenswertes über den Kalkabbau in der Stadt erfahren könnten.

Frau Schneider zeigt sich ebenfalls begeistert über das Projekt und die in diesem Zusammenhang geplanten Maßnahmen. Angesichts der Änderung des Fördererlasses im vergangenen Jahr möchte Sie wissen, ob entsprechende Anträge auf Fördermittel bereits gestellt wurden oder ob diese erst nach einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Ausschuss gestellt werden können. Ferner bedauert Sie die aktuellen Entwicklungen bezüglich des Wachendorffgeländes, da die Realisierung des Projekts *Wohnen und Arbeiten* momentan äußerst fraglich sei. In diesem Zusammenhang möchte Sie wissen, ob zumindest der Erwerb der Flächen für den Uferweg in diesem Bereich möglich sei.

Hierzu erklärt Herr Klostermann, dass für die auf Seite 53 der Einladung bzw. in der als Tischvorlage nochmals verteilten Tabelle und dort aufgeführten Maßnahmen eine Förderung beantragt worden sei. Man rechne noch im Laufe des Monats April 2009 mit einer Zusage seitens der Bezirksregierung. Zur Frage des Wachendorffgeländes stehe man in Kontakt mit der Grundstückseigentümerin und habe noch geringe Hoffnung, hier zum gewünschten Ergebnis zu gelangen.

Zum derzeitigen Sachstand bezüglich des Wachendorffgeländes erklärt Herr Schmickler, dass man mit dem ursprünglich geplanten Investorenwettbewerb nicht erfolgreich gewesen sei, da letztendlich nur noch ein Investor in Frage gekommen wäre. Man stehe in Gesprächen mit der Grundstückseigentümerin mit dem Ziel, die vorhandenen Probleme auszuräumen und zusammen mit dem Investor eine Modifikation seiner Vorstellungen zu erreichen. Eine Realisierung des Projekts sei nach wie vor das Ziel, auch wenn dies nicht mehr im Rahmen der Regionale 2010 möglich sei.

Herr Sprenger erklärt, dass seine Fraktion glücklich über die vorgestellten Planungen sei. Jedoch stelle sich aus den Reihen der Eigentümer des Waldes entlang der Strunde die Frage nach der Möglichkeit der zukünftigen Bewirtschaftung dieser Flächen, da der Fuß- und Radweg lediglich in einer Breite von rund 2 Metern geplant und mögli-

cherweise nicht für Traktoren ausgelegt sei.

Diesbezüglich erklärt Herr Leuthe, dass es beim geplanten Fuß- und Radweg rechtlich gesehen um einen Waldwirtschaftsweg handelt. In Abstimmung mit der Unteren Landschaftsbehörde sei man übereingekommen, keine Randeinfassung des Weges anzulegen, so dass die Befahrbarkeit im Rahmen der bereits jetzt vorhandenen Möglichkeit gewährleistet bleibe. Eine Förderung des Wirtschaftsweges an sich sei Sache der Eigentümer, diese könnten bei der zuständigen Forstbehörde einen entsprechenden Antrag stellen. Bevor man auf die einzelnen Eigentümer zugehe, habe man hinsichtlich der Förderung zunächst eine Planungsklarheit haben wollen. Diese liege zwischenzeitlich vor, so dass man auf die Eigentümer mit dem Ziel zugegangen sei, entsprechende Vereinbarungen zu schließen.

Ergänzend weist Herr Kremer darauf hin, dass eine Bewirtschaftung der forstwirtschaftlichen Flächen weiterhin möglich sei. Des Weiteren werde der Zustand der Wege u.a. durch die Einbringung eines entsprechenden Unterbaus verbessert. Die Briefe an die Betroffenen seien heute in die Post gegeben worden, darüber hinaus biete man in absehbarer Zeit eine Informationsveranstaltung zu dieser Frage an.

Hiermit zeigt sich Herr Sprenger einverstanden.

Für die FDP-Fraktion begrüßt Herr Dr. Fischer das vorgestellte Projekt, zumal hierdurch auch die Naherholung gefördert würde. Seiner Kenntnis nach beantrage der Eigenanteil der Kommune 20%, jedoch sei geplant gewesen, diese Anteile zu Ungunsten der Gemeinde zu verändern. Aus diesem Grunde bittet er um Mitteilung, wie hoch die Eigenanteile seien und ob die hierfür auch im Jahre 2009 erforderlichen Mittel bereits in den Haushalt eingestellt worden seien.

Dies wird von der Verwaltung unter Hinweis auf die generelle Eigenbeteiligung von 20 % bejaht.

Auch Nachfrage von Herrn Dr. Fischer, ob die generelle Förderquote von 80 % auch für andere Regionale-Projekte gelte, erklärt Herr Kremer, dass die ausgewählten Projekte im Rahmen der Regionale 2010 durchweg mit einem Anteil von 80 % gefördert würden.

Herr Ziffus verweist auf den Bereich von Ober- bzw. Unterthal und die dort entstandene Sage im Zusammenhang mit der Zwergenhöhle. Er möchte wissen, ob geplant sei, diese Geschichte z.B. im Rahmen einer Rundwegbeschreibung mit aufzunehmen.

Hierzu erklärt Herr Klostermann, dass nicht beabsichtigt sei, über diese Sage durch Informationstafeln zu informieren. Jedoch sei beabsichtigt, den Bereich Herrenstrunden durch entsprechende Führungen bzw. entsprechende Themenrouten erschließen zu lassen.

Abschließend bittet Herr Ziffus um Prüfung, ob im Bereich des neu anzulegenden Querweges dennoch eine Hinweistafel auf die Sage angebracht werden kann.

Seitens des Vorsitzenden wird die Verwaltung gebeten, diese Anregung aufzunehmen.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einstimmig den Beschluss:

<-@

**@->Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt, den Rad-Fußweg entlang der Strunde von Oberthal bis zur Stadtgrenze Köln – ausgenommen den Innenstadtbereich und vorbehaltlich der Fördergenehmigung - zu verbessern und herzustellen, den Bereich der gefassten Quelle aufzuwerten und ein Wegeleit- und Informationssystem zu installieren.**

Anschließend dankt der Vorsitzende Herrn Klostermann für die Information der Ausschussmitglieder im Rahmen der Präsentation.

Herr Kremer weist darauf hin, dass in Kürze geplant sei, zum Thema Bergisch Gladbach und Strunde eine DVD herauszubringen, auf der u.a. die Historie dargestellt werde. Sobald diese DVD fertig gestellt sei, werde man den Ausschuss hierüber in Kenntnis setzen.

<-@

9 **V. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abwägung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach**

@->Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst mit 15 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP) bei einer Gegenstimme (BfBB) den Beschluss:

<-@

@->

**Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat den Erlass der V. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abwägung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach (AAS).**

<-@

10 **Antrag der CDU-Fraktion vom 02.02.2009, Eingang 04.02.2009, zur Überprüfung und ggf. Optimierung der Verkehrsführung im Bereich des B-Plans Brandroster**

@->Herr Höring erklärt, dass die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage seiner Fraktion den Status quo aufzeige, jedoch werde zu wenig darauf eingegangen, welche Optimierungsmöglichkeiten bestünden. Aus diesem Grunde bittet er die Verwaltung, für die kommende Ausschusssitzung konkrete Pläne für eine Optimierung der Situation unter Einbindung des ÖPNV vorzulegen und entsprechende Maßnahmen vorzuschlagen.

Daran, dass dieses Gebiet durch den ÖPNV bzw. auf dem Gebiet der Nahversorgung schlecht erschlossen sei, erinnert Herr Ziffus. Dies liege im Wesentlichen darin begründet, dass dieses Gebiet einschließlich der dort ansässigen Gewerbebetriebe ursprünglich über die geplante, aber nicht realisierte direkte Umfahrung Refraths erschlossen werden sollte. Positiv findet er darüber hinaus die Ausführungen der Verwaltung im letzten Absatz auf Seite 60 der Einladung. So müsse man ernsthaft darüber nachdenken, die Buslinie, die bislang über die Bernard-Eyberg-Straße verlaufe, in den Bereich Brandroster/Halbenmorgen zu verlegen. Alternativ regt er an, in diesen Bereich sog. Midi-Busse einzusetzen, zumal dies aufgrund eines älteren Gutachtens schon einmal als sinnvoll angesehen wurde.

Auch der Vorsitzende stellt sich die Frage, warum auf einige Linien nicht diese Midi-Busse eingesetzt werden, zumal die Busse der Linie 451 oftmals nur mit wenigen Fahrgästen besetzt seien. Er bittet daher die Verwaltung, im Sinne des Antrags dem Ausschuss eine optimierte Verkehrsführung im Bereich der B-Plans Brandroster in einer der kommenden Ausschusssitzungen zu unterbreiten.

<-@

11 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 02.02.2009, Eingang 03.02.2009, zur Wiedereinführung der Baumschutzsatzung**

@->Herr Dr. Steffen erinnert daran, dass die Baumschutzsatzung seinerzeit gegen den Willen seiner Fraktion abgeschafft worden sei. Hierbei sei man davon ausgegangen, dass die Bürgerinnen und Bürger vernünftig genug seien, schützenswerte Bäume zu erhalten. Jedoch habe sich seitdem in der Praxis in vielen Fällen gezeigt, dass auch schützenswerte Bäume abgeholzt worden seien. Darüber hinaus bezweifelt er, dass für die Überwachung des Baumbestandes im Falle der Wiedereinführung der Baumschutzsatzung eine ganze Stelle notwendig sei, da es im Bereich StadtGrün durchaus freie Kapazitäten geben dürfe. Abschließend plädiert er daher für eine Wiedereinführung der Baumschutzsatzung.

Für die SPD-Fraktion erklärt Frau Kreft, dass man den Antrag unterstütze, wobei sie angesichts der einstimmigen Zustimmung zum Projekt RegioGrün auch in diesem Falle sehr optimistisch sei. Die Ausführungen der Verwaltung in der Vorlage seien unzureichend, da hier lediglich auf die Kostenfrage abgestellt werde und in der Vergangenheit nach ihren Informationen lediglich eine halbe statt der in der Vorlage erwähnten ganzen Stelle benötigt worden sei. Nicht zutreffend sei, dass im Bereich StadtGrün freie Kapazitäten vorhanden seien, auf die im Falle der Wiedereinführung der Baumschutzsatzung zurückgegriffen werden könne. Zu berücksichtigen sei ferner, dass die Wiedereinführung der Baumschutzsatzung zu einer Verschönerung des Stadtbilds führen werde. Auch seien die Einnahmen aus der Baumschutzsatzung in der Vergangenheit dazu verwandt worden, Ersatzpflanzungen vorzunehmen. Sie regt weiterhin an, den Fraktionen eine detaillierte Aufstellung über die entstehenden Personalkosten zu kommen zu lassen.

Herr Krafft verweist auf die Begründung der Verwaltung zum Antrag. Aufgrund des Verhältnisses zwischen den Ausgaben und den erwarteten Einnahmen könne seine Fraktion den Antrag nicht zustimmen, zumal er in der Vergangenheit nicht habe erkennen können, dass in großem Umfang ortsbildprägende Bäume gefällt worden seien. Auf der anderen Seite werde erkennbar, dass die Stadt es nicht schaffe, ihre Bäume z.B. an der Bensberger Straße zurück zu schneiden und so ihrer Verkehrssicherungspflicht nachzukommen.

Herr Sprenger erinnert an die Gründe, die seinerzeit zur Abschaffung der Baumschutzsatzung geführt hätten. Seitdem sei nicht erkennbar geworden, dass sinnlose Baumfällaktionen stattgefunden hätten, vielmehr habe es sich in den meisten Fällen um das Interesse von Grundstückseigentümern an der Beseitigung von Bäumen zur Errichtung neuer Bauten bzw. zur Beseitigung der Einschränkungen von Nachbarrechten gehandelt.

Nach Ansicht von Herrn Ziffus könne mit der Argumentation der beiden Vorredner

auf jedwede Ortssatzung verzichtet werden. Satzungen seien für den Konfliktfall da und würden eine Handhabe schaffen, im Konfliktfall einschreiten zu können. Er spricht sich dafür aus, die Satzung im Falle ihrer Wiedereinführung großzügiger als bis zur Abschaffung auszulegen, umso dem Bürger mehr Handlungsspielraum an die Hand zu geben. Auch sei er der Überzeugung, dass Bäume entlang von Straßen nicht immer hoch wachsen müssten, da hierdurch z.B. an der Bensberger Straße der Blick auf die Kirche in Bensberg verdeckt werde. Weiterhin sei festzustellen, dass Bäume in Innenstadtlagen anderer Städte anders gestaltet seien als in Bergisch Gladbach, ohne dass dies nachteilig für die Bäume sei. Zum Schutz ortsbildprägender Bäume hingegen sei es zwingend notwendig, die Baumschutzsatzung wieder einzuführen. Aufgrund der offensichtlich noch nicht geklärten Frage, wie viel Personal im Falle der Wiedereinführung der Baumschutzsatzung in der Verwaltung benötigt werde, schlägt er vor, die Entscheidung über den Antrag seiner Fraktion in den Rat zu verschieben.

Herr Schmickler erklärt, dass der gefälltete Baum an der Laurentiusstraße, über den im Verlauf der Debatte bereits mehrfach gesprochen worden sei, unter Schutz gestanden habe. Hier habe der Grundstückseigentümer durch Gutachten nachgewiesen, dass der Baum krank gewesen sei und eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstelle. Selbst mit einer Festlegung des Baumes im Bebauungsplan bzw. als Naturdenkmal sei er nicht zu retten gewesen, auch eine Baumschutzsatzung hätte dies nicht verhindern können. Ungeachtet dessen gebe es im Stadtgebiet eine Reihe von Bäumen, die entweder durch Bebauungspläne geschützt oder als Naturdenkmäler ausgewiesen seien und so einen speziellen Schutz genießen würden. Zur Frage der Anwendung einer Baumschutzsatzung weist er darauf hin, dass die Stadt gezwungen sei, die entsprechenden Vorschriften für alle Fälle gleich anzuwenden. Hier sei bis zur Abschaffung der Baumschutzsatzung eine Vollzeitstelle eingerichtet gewesen, der zuständige Sachbearbeiter sei anschließend innerhalb des Fachbereiches umgesetzt worden. Insofern bestünden im Bereich StadtGrün keine freien Kapazitäten, zumal durch die Projekte der Regionale 2010 dort ein erhöhter Arbeitsanfall bestehe. Angesichts der im Zusammenhang mit der Abschaffung der Satzung geäußerten Sorgen nach verstärkten Baumfällungen erklärt er abschließend, dass hierzu keine konkreten Zahlen bei der Stadt bekannt seien. Jedoch könne man feststellen, dass die vielfach prognostizierten Massenfällungen ausgeblieben seien und sich der Eindruck der Stadt als „grüne“ Stadt nicht grundlegend verändert habe.

Herr Höring stellt klar, dass man keine Baumschutzsatzung benötige. Wenn man sich die Stadt aus dem Luftbild heraus anschauere, erkenne man eine grüne und lebenswerte Stadt. Die Eigentümer wüssten genau, wie sie mit ihrem Eigentum umzugehen hätten. Darüber hinaus könne man mit einer Baumschutzsatzung auch nicht verhindern, wenn ein Eigentümer einen Baum, der z.B. zu viel Licht wegnimmt, fällen lasse.

Nach Ansicht von Herrn Dr. Fischer hätte man die Bäume im Bereich des Kradepohls nicht retten können, da geltendes Baurecht die Maßnahme zugelassen habe. Er vertrete die Auffassung, es gebe genügend Bäume und Wälder im Stadtgebiet.

Herr Kierspel weist darauf hin, dass sich Bergisch Gladbach beim Blick aus dem obersten Stockwerk des Marienkrankenhauses als eine grüne Stadt präsentiere.

Dafür, dass der Ausschuss ihrer Ansicht nach dumme Argumentation vorbringe, schämt sich Frau Schneider. Auch ihr sei klar, dass man in einer grünen Stadt lebe,

jedoch gehe es darum, die Bäume zu erhalten und Baumfällungen, so wie sie in den letzten Jahren z.B. in Frankenforst vorgenommen worden seien, zu verhindern. Aus diesem Grund sei die Wiedereinführung der Baumschutzsatzung unbedingt notwendig.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Baumschutzsatzung nicht für alle Bäume gegolten habe. Auch wenn der Baum in einem Bebauungsplan als schützenswert festgesetzt sei, bedeute dies nicht, dass der Baum bei entgegenstehendem Baurecht nicht beseitigt werden dürfe. Seiner Ansicht nach seien die vorgebrachten Argumente gegen die Wiedereinführung der Baumschutzsatzung daher alles andere als dumm.

Diesbezüglich vertritt Frau Kreft die Auffassung, dass die Argumente von Herrn Schmickler auch nicht sachlich gewesen seien. Sie sei der Meinung, dass der Ausschuss als zuständiger Fachausschuss die Aufgabe habe, die Bäume zu schützen und der Wiedereinführung der Baumschutzsatzung zuzustimmen. Hierbei müsse man berücksichtigen, dass man keine Lösung in „schwarz“ oder „weiß“ möchte und die Bürgerinnen und Bürgern im Falle der Wiedereinführung der Satzung mit dessen Regelungen nicht knebeln möchte, sondern eine Satzung wieder einführe, deren Inhalt in der täglichen Praxis handhabbar und lebbar sei. Sie wiederholt daher ihren Antrag, die Beschlussfassung über den Antrag in den Rat zu verschieben.

Für Herrn Komenda lässt sich aus der Aussage von Herr Höring entnehmen, dass eine Geldstrafe nicht von der Ordnungswidrigkeit, einen unter Schutz stehenden Baum zu fällen, abschrecke.

Herr Dr. Steffen weist nochmals darauf hin, dass es unter Geltung der ehemaligen Baumschutzsatzung durchaus möglich gewesen sei, Bäume zu fällen, soweit dies durch Ersatzpflanzungen kompensiert worden sei. Dies sei insbesondere bei Baumaßnahmen der Fall gewesen, wobei die Kosten für die Ersatzpflanzung im Vergleich zu den Baukosten insgesamt nur einen Teil der Bausumme ausmachen würden.

Nach Ansicht von Herrn Ziffus mache das Beschneiden von Bäumen in architektonisch wertvollen Bereichen Sinn, um so die entsprechenden Sichtachsen vom Bewuchs freizuhalten. Dies treffe z.B. auf die Schlossstrasse hinauf zum Schloss sowie auf die Nikolausstraße in Bensberg zu.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die von Herrn Ziffus angesprochenen Bäume überwiegend im öffentlichen Raum zu finden seien. Er schlägt ihm daher vor, einen Antrag zu stellen, wonach stadtbildprägende Bäume, welche Sichtachsen oder das Stadtbild beeinflussen, in die Liste der Schützenswerten Bäume aufzunehmen sind. Einen solchen Antrag halte er für sinnvoll.

Anschließend beantragt Herr Maas unter Hinweis auf die Geschäftsordnung den Schluss der Debatte.

Dies wird auch von Herrn Dr. Arndt beantragt, zusätzlich beantragt er die Verschiebung der Beschlussfassung in die kommende Ratssitzung.

Sodann beschließt der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 14 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP und BfBB) bei zwei Enthaltungen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):

### **Die Debatte wird beendet.**

Anschließend modifiziert Frau Kreft den Antrag auf Verschiebung der Beschlussfassung dahingehend, dass alternativ eine Verschiebung der Beschlussfassung in die kommende Sitzung des Ausschusses möglich sein könne, um die ihrer Ansicht nach noch fehlenden Informationen durch die Verwaltung vorzulegen.

Im Anschluss hieran fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 7 Ja-Stimmen (SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bei 9 Nein-Stimmen (CDU, FDP und BfBB) den Beschluss:

**Die Verschiebung der Beschlussfassung wird abgelehnt.**

Abschließend beschließt der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 7 Ja-Stimmen (SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bei 9 Nein-Stimmen (CDU, FDP und BfBB):

**Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 02.02.2009 auf Wiedereinführung der Baumschutzsatzung wird abgelehnt.**

<-@

### **12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 16.03.2009, der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr möge einen Vertreter des Strundeverbandes zur Sitzung des Ausschusses einladen**

@->Da die Stadt sowohl im Agger- wie auch im Wupperverband Mitglied sei, ergänzt Herr Ziffus den Antrag seiner Fraktion dahingehend, dass die jeweiligen Vertreter gegenüber dem Ausschuss auch von den Aktivitäten dieser Verbände berichten. Er bittet daher die Verwaltung, mit den beiden Verbänden Kontakt aufzunehmen und insbesondere einen Vertreter des Wupperverbandes zu einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses einzuladen.

Herr Dr. Steffen weist darauf hin, dass auf diese Weise die Aktivitäten der Verbände nachvollziehbar gemacht würden. Für den Strundeverband habe die Verwaltung bereits in der Vorlage dargelegt, die zukünftigen Aktivitäten in der kommenden Sitzung vorzustellen.

Einen evtl. zusätzlichen Termin für die Vorstellung der einzelnen Verbandsaktivitäten regt Herr Sprenger an, worauf hin der Vorsitzende feststellt, dass die Vertreter der einzelnen Verbände an unterschiedlichen Sitzungsterminen des Ausschusses über die jeweiligen Aktivitäten berichten sollten.

Herr Kierspel schlägt vor, die Präsentationen des Agger- bzw. Wupperverbandes auf spätere Ausschusssitzungen zu verschieben, damit sich sowohl der Vertreter des jeweiligen Verbandes wie auch die Verwaltung auf evtl. Fragen der Ausschussmitglieder vorbereiten können.

Auch Frau Schneider zeigt sich daran interessiert, welche Auswirkungen die EU-Wasserrahmenrichtlinie auf die Aktivitäten der einzelnen Verbände im Stadtgebiet habe.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einstimmig den Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr lädt einen Vertreter des Strundeverbandes, des Wupperverbandes sowie ggf. des Aggerverbandes zum Vortrag ein, um eine kurze Darstellung des Verbandes, einen Bericht über die Tätigkeiten des letzten Jahres sowie die Konsequenzen aus der EU-Wasserrahmenrichtlinie und deren Umsetzung bei den Bergisch Gladbacher Gewässersystemen zu berichten.

<-@

13 **Antrag der CDU-Fraktion vom 16.03.2009, Eingang 17.03.2009, den Bürgermeister zu beauftragen**

**a) die Verkehrssituation in der Straße „Im Bungert“ zu überprüfen**

**b) die Situation zu dokumentieren und falsches Parken durch ordnungsrechtliche Maßnahmen zu ahnden sowie**

**c) dem Ausschuss mögliche Vorschläge aufzuzeigen, die Situation vor Ort zu verbessern.**

@->Herr Höring dankt der Verwaltung für die Ausführungen in der Vorlage. Er bittet darum, die Ergebnisse der verwaltungsseitig zugesagten Prüfung, wie die Verkehrssituation vor Ort verbessert werden könne, nach deren Abschluss dem Ausschuss vorzulegen.

Verwundert darüber, dass nach den Ausführungen von Herrn Höring im Gegensatz zum Antrag über die Wiedereinführung der Baumschutzsatzung hier ordnungspolitischen Maßnahmen gewünscht seien, zeigt sich Herr Ziffus.

Hierzu erklärt der Vorsitzende, dass es sich hierbei nicht um eine freiwillige Aufgabe der Stadt handele, sondern um eine durch Gesetz vorgeschriebene Maßnahme.

Nach Ansicht von Herrn Dr. Fischer sei die Antwort der Verwaltung in der Vorlage ausreichend.

Nicht zufrieden mit der Situation vor Ort zeigt sich Herr Komenda. Jedoch sei die Anzahl der gebührenpflichtigen Verwarnungen von 5 pro Woche vergleichsweise nicht besonders hoch. Darüber hinaus müsse man die gesamte Verkehrssituation im Zusammenhang mit dem Rahmenplan Bensberg ohnehin noch einmal überdenken.

Darüber hinaus nimmt der Ausschuss die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

<-@

14 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

@->Herr Höring:

Es gibt immer wieder Beschwerden, dass das Umfeld um das Parkdeck des ehemaligen Bensberger Löwen-Centers extrem verschmutzt sei. Gibt es hier Bestrebungen, mit dem Eigentümer in Kontakt zu treten, um zukünftig einen besseren Zustand zu erreichen?

Des Weiteren ist mir aufgefallen, dass das Schild am Betriebshof Obereschbach, welches auf die Annahmezeiten für Elektronikschrott hinweist, nur schwer verständlich ist. Ich möchte die Verwaltung bitten, hier Abhilfe zu schaffen.

Zur Situation um das Parkdeck des ehemaligen Löwen-Centers weist Herr Schmickler darauf hin, dass der Verwalter der Immobilie noch einmal auf die Situation hingewiesen worden sei. Dieser habe erklärt, dass er bereits entsprechende Vorkehrungen getroffen habe, jedoch beabsichtige, das Parkdeck bei zunehmender Verschmutzung zu schließen. Diesbezüglich habe die Verwaltung signalisiert, den Parkplatz in diesem Falle zu bewirtschaften und im Gegenzug dafür sauber zu halten. Einer solchen Vorgehensweise habe der Verwalter zugestimmt, so dass hier in Kürze mit einer Umsetzung zu rechnen sei.

Herr Krafft:

Wir hatten vor ca. 2 Jahren beschlossen, ein neues System von Schachtabdeckungen einzuführen. Meines Erachtens sind die neuen Abdeckungen ebenfalls nicht optimal, da es in der Vergangenheit zu Absackungen gekommen sei. Hat sich dieses System letztendlich bewährt und sind alle schadhafte Abdeckungen zwischenzeitlich ausgetauscht worden?

Hierzu teilt Herr Wagner mit, dass schadhafte Abdeckungen entweder noch vor der Abnahme oder im Rahmen der Gewährleistung ausgetauscht würden. Grundsätzlich habe man jedoch, insbesondere in stark befahrenen Straßen, gute Erfahrungen mit den neuen Abdeckungen gemacht.

Herr Ziffus:

Wenn ich mich recht erinnere, haben wir im Jahre 2007 eine Statistik bekommen über die Entwicklung der Regenwassergebühren in den kommenden Jahren. Demnach werde bis zum Jahre 2015 eine Verdopplung und bis zum Jahre 2023 eine Verdreifachung der Gebühr prognostiziert. Ist dies zutreffend?

Weiterhin möchte ich wissen, ob es städtische Mittel für die Anlage von Biotopen bzw. Schutzpflanzungen auf Schulgrundstücken gibt und wenn ja, wo diese abgerufen werden können.

Diesbezüglich weist Herr Leuthe daraufhin, dass die Schulgrundstücke durch den Fachbereich Liegenschaften betreut und unterhalten werden. Insofern müssten entsprechende Mittel dort zur Verfügung gestellt werden. Jedoch seien die dort zur Verfügung stehenden Unterhaltungsaufwendungen sehr eng begrenzt, was dazu führe, dass die Pflege der Außenanlagen entweder durch die Hausmeister oder von 1-Euro-Kräften übernommen würde. Aus diesem Grunde gehe er nicht davon aus, dass separate Mittel für die Anlage z.B. von Biotopen im Haushalt zur Verfügung stünden.

Herr Wagner erinnert daran, dass eine Steigerung der Regenwassergebühren auf über 2 €/m<sup>2</sup> in absehbarer Zeit prognostiziert worden sei. Angesichts der zu erwartenden Ausgaben für die Regenwasserrückhaltung und -klärung sowie für die Sanierung in Höhe von rund 200 Mio. € ergebe sich unweigerlich eine drastische Erhöhung der Gebühren. Er schlägt vor, die Übersicht aus dem Jahre 2007 nochmals der Niederschrift der heutigen Sitzung als Anlage beizufügen.

Herr Lob:

Es geht um die Situation rund um den Kindergarten in der Drecker Wiese. Dort gab es vorige Woche schon einmal einen Ortstermin mit den Anliegern, die jedoch weiterhin sehr verärgert sind. Ich schlage vor, dass wir uns in dieser Sache noch einmal zusammensetzen, um eine Lösung zu finden.

Herr Komenda:

Habe ich es richtig verstanden, dass das Parkdeck des ehemaligen Löwen-Centers in Bensberg zukünftig von der Stadt bewirtschaftet werden soll? Meines Erachtens nach ist dies ein falsches Signal für die Bensberger Bevölkerung, da aus einer Bewirtschaftung auf einen länger andauernden Zustand geschlossen werden wird.

Obschon man sich im Punkt Anfragen der Mitglieder befinde, stellt der Vorsitzende klar, dass der Investor momentan nicht bereit sei, das Parkdeck weiter zu führen. Dies bedeute den unmittelbaren Verlust von Parkraum im Bereich der Schlossstrasse, was wiederum ein noch falscheres Signal sei. Deswegen habe die Stadt das Ziel, in Gespräch mit dem Investor eine Bewirtschaftung des Parkdecks zu erzielen, um aus den zusätzlichen Einnahmen die Reinigung durch städtische Kräfte finanzieren zu können. Hierbei könne man sich durchaus vorstellen, nach einem Umbau des ehemaligen Löwen-Centers mit den neuen Nutzern über eine Erstattung der Parkgebühren zu verhandeln.

Herr Dr. Steffen:

Es haben sich Bürger über die Folgen der Kanalbaumaßnahme im Neubaugebiet Breslauer Straße beschwert. Wie lange werden die dortigen Baumaßnahmen noch dauern?

Hierzu erklärt Herr Wagner, dass es im Zusammenhang mit der Kanalbaumaßnahme am Vorabend eine Bürgerversammlung gegeben habe. Dort seien die anwesenden Bürger über den Ablauf der Maßnahme informiert worden. Hinsichtlich der Frist halte man sich an die Vorgaben, wie sie auch im Vergabeausschuss genannt worden seien.

Weiterhin möchte er wissen, wie der Stand der Dinge in Sachen Nahwärmeversorgung sei, da sich Vertreter der Stadt, der BELKAW und von M-real Zanders in dieser Sache auf die Anregung seiner Fraktion hin getroffen hätten.

Hierzu erklären der Vorsitzende und Herr Kremer, dass von Seiten m-real Zanders noch zu keinem neuen Gesprächstermin eingeladen worden sei.

Anschließend beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.15 Uhr.

<-@

---

Vorsitzender

---

Schriftführer